Morgen-Ausgabe
No. 101. — 56. Jahrgang.

# Berliner Volks-Zeitung

Beiblatt
Sonnabend, 29. Februar 1908

## Für den Monat März

werden Abonnements auf die **zweimal täglich** erscheinende **„Berliner Volks-Zeitung"** mit „Täglichem Familienblatt" und „Illustriertem Sonntagsblatt" zum Preise von

**75 Pfennig monatlich**

**morgens und abends frei ins Haus zugestellt,**

entgegengenommen von der Vertriebsabteilung Jerusalemerstraße 46—49 und deren

**Filialen:** (Fernsprecher Amt Ia. 10,131—10,148.)

S., Prinzenstraße 41
SO., Sorauerstraße 20
O., Petersburgerstraße 2
NO., Große Frankfurterstr. 33
NO., Rykestraße 32
N., Schiffbauerdamm 1
N., Schulzendorferstraße 27
C. Königstraße 56/57
NW., Alt-Moabit 138
W., Potsdamerstraße 33
W., Bayreutherstraße 32
SW., Mittenwaldderstraße 6
Rixdorf, Prinz Handjerystraße 83/84. Fernspr. Nr. 1008
Schöneberg, Vorbergstr. 8
Charlottenburg, Kantstraße 34
Pankow, Berliner Str. 13 B Fernsprecher P. 3191.

Außerhalb Berlins werden Abonnements zum Preise von 80 Pfg. bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches entgegengenommen.

Im **„Täglichen Familienblatt"** erscheint augenblicklich der Roman:

## Baroness Margot

von **E. Balden**

**dessen bis zum 1. März abgedruckter Teil allen neuhinzutretenden Abonnenten gegen Einsendung der Abonnementsquittung kostenlos nachgeliefert wird.**

In fesselnder Weise führt uns der gewandte Erzähler den Lebensweg eines jungen, den ländlichen Adelskreisen entstammenden Mädchens vor Augen, das, vom Schicksal ursprünglich zu einem glänzenden, sorgenfreien Dasein bestimmt, durch die Machenschaften eines Weibes in schwere Not und Pein gerät, durch eigene Kraft aber und getragen von der Liebe zu einem aus dem Volke stammenden tüchtigen Manne sich sein Glück wieder erkämpft.

Eine Reihe interessanter, aktueller Aufsätze, belehrende Artikel aus allen Gebieten des praktischen Lebens sowie Modebilder, kurze Erzählungen, Humoristika 2c. bringt wieder die Gratisbeilage

**Illustriertes Sonntagsblatt.**

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung vom 28. Februar. (Schluß.)

Die zweite Beratung des **Etats des Ministeriums des Innern** wird fortgesetzt.

Abg. **Schulze-Pelkum** (kons.): Die Angriffe auf die Landräte und die Kreisblätter sind unberechtigt. Wir Konservativen haben den Eindruck, als ob die Sonne der Regierung über andere Parteien viel mehr scheint als über die konservative. (Lebhaftes Oho! links.) Der Abg. Friedberg beschwert sich über die Vorgänge in Memel-Heydekrug, aber wenn die Zeitungsnachrichten stimmen, dann sind dort gerade zugunsten der Nationalliberalen solche Wahlbeeinflussungen vorgekommen. (Lachen links.)

Abg. **Marx** (Ztr.): Wir bedauern die Antwort des Ministers auf die ruhigen Ausführungen meines Freundes Roeren aufs lebhafteste. (Sehr wahr! im Zentrum.) Es liegt in seinen Worten die Beleidigung, als ob wir nicht national sind, und dagegen legen wir Protest ein. Wir brauchen uns gegen diesen Vorwurf kaum zu verteidigen. Hat doch selbst Herr v. Kardorff das Zentrum als vaterlandsliebende Partei bezeichnet! Insbesondere sind die Vorwürfe gegen das Zentrum wegen seiner Kolonialpolitik unhaltbar. Die Geschichte hat uns recht gegeben, und der Staatssekretär Dernburg ist der klassischste Zeuge für die Richtigkeit unserer Ansichten. Was die Kriegervereine betrifft, so begreife ich nicht, wie der Minister verlangen kann, daß die Vereine sich dem Verband wieder anschließen sollen. Die Kriegervereine bilden ein Bollwerk gegen die Sozialdemokratie; um so mehr sollte man sich hüten, sie vor den Kopf zu stoßen. (Beifall rechts.) Nun zur Sittlichkeitsfrage! Der Abg. Fischbeck meint, nur alles ruhig gehen lassen, es wird sich schon ausgleichen. Diese Politik des laisser faire laisser aller schadet nur. Sehen Sie doch nur die Schaufenster von Buchhandlungen und Papierläden in Berlin an! Die Zustände sind viel schlimmer als vor 8 Jahren bei der Beratung der Lex Heinze. Der wahren Kunst kann es nur zum Vorteil dienen, wenn dieser Schmutz beseitigt wird.

Minister **v. Moltke:** Ich verstehe die Erregung des Vorredners nicht. Es war nicht meine Absicht, seiner Partei antinationale Gesinnung vorzuwerfen. Im Gegenteil, ich habe ausdrücklich mit der Aufforderung an die Herren geschlossen, mit mir zusammen zu arbeiten, um den Zwiespalt aus der Welt zu schaffen. An die Zulassung ausländischer Arbeiter muß ich die Voraussetzung knüpfen, daß der Zuzug nicht über das Bedürfnis hinausgeht, und daß nicht zu starke Anhäufungen stattfinden. Ein Bedürfnis zur Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte machte sich zuerst in den östlichen Provinzen geltend, und deshalb wurde zuerst dort die Beschäftigung von Ausländern in der Landwirtschaft und später auch in der Industrie gestattet. Aber bald entstand auch in den mittleren und westlichen Provinzen in der Landwirtschaft eine empfindliche Leutenot, und während der Hochkonjunktur der Jahre 1905 bis 1907 wurden Klagen über Arbeitermangel auch in der westlichen Industrie laut. Dauernde allgemeine Vorschriften lassen sich kaum aufstellen. Wie sich die Zukunft gestalten wird, kann heute noch nicht mit Sicherheit übersehen werden. Berechtigten Wünschen in einzelnen Fällen werde ich gern entsprechen. (Beifall.)

Abg. **Westermann** (natl.) klagt über ungenügende und ungleichmäßige Entschädigung der durch die Roburitexplosion in Annen und Witten Verletzten. Dank der Liebestätigkeit sei ein Fonds von 670,000 Mark für diese Zwecke zusammengebracht. Wenn auch die Geschädigten keinen Rechtsanspruch auf Unterstützung haben, so sollte doch der Staat in solchen Fällen eingreifen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Wagner** (freik.) bedauert, daß so häufig zweifältige Urteile der Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaft und der Gerichte hervortreten. So sind in Breslau Bilder von dem berühmten Maler Moritz v. Schwind vom Polizeikommissar konfisziert, von der Staatsanwaltschaft aber freigegeben worden. Der brave Schwind hat es sich wohl nicht träumen lassen, daß seine Bilder auf die Polizeiwache geschickt würden. Ein Gegenstück zu diesem Fall ist das Bild im heutigen „Ulk": „Im Ball- und Trauerhaus", das unbeanstandet ist. Es ist aber fraglich, ob das Kunst ist, ob es eine berechtigte Form der Satire ist. Das Bild ist so schauderhaft und grauenerregend, daß es tatsächlich nur abschreckend wirken kann. Ueber die berühmten nackten Figuren auf der Schloßbrücke sind ja die Ansichten verschieden, aber niemand wird doch Friedrich Wilhelm IV. der Verbreitung unsittlicher Darstellungen bezichtigen wollen. Es müßte eine Kommission eingesetzt werden, welche ein Zensuramt auszuüben hätte darüber, welche bildlichen Darstellungen für den Handel, namentlich den Kunsthandel zugelassen sind. Dann würde auch der Seuche der Ansichtspostkarten gesteuert werden können. Der Redner fordert strengeres Vorgehen gegen die Ausschreitungen der Silvesternacht. (Beifall.)

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der allgemeinen Aussprache angenommen.

Der Titel „Minister" wird bewilligt, ebenso debattelos die übrigen Titel des Kapitels „Ministerium".

Beim Kapitel „Statistisches Landesamt" betont

Abg. **Fritsch** (natl.) die dringende Notwendigkeit eines baldigen Neubaues für das statistische Landesamt. Die wissenschaftlichen Schätze des Amtes müßten auch der Benutzung zugänglich sein; dazu sei vor allem die Herausgabe eines Katalogs der Bibliothek nötig. Im übrigen solle er dem Minister und den Beamten Anerkennung dafür, daß sie trotz der unzulänglichen Räume ihren Aufgaben gerecht geworden sind. (Beifall.)

Beim Kapitel Versicherungsrediseren regt

Abg. **Franken** (natl.) die obligatorische Versicherung für Feuerwehrleute an; wenn das von Reichs wegen nicht zu erlangen sei, möge man den Weg der Landesgesetzgebung beschreiten.

Es folgt das Kapitel Landrätliche Behörden und Aemter.

Abg. **v. Bockelberg** (kons.): Eine Reihe meiner Freunde wäre mit einer grundsätzlichen Umgestaltung der Landratsämter bei der geplanten Reform nicht einverstanden. Die Frage ist noch nicht spruchreif. Abg. Münsterberg erklärte sich gestern gegen jede Reform, die die Macht der Landräte verstärkt, aber diese angebliche Macht besitzen die Landräte gar nicht. Die Frage ist hier nicht die, ob der Landrat größere oder geringere Macht bekommt, sondern die, ob die Umgestaltung nützlich ist oder nicht. Den Landräten muß ein größeres Maß entscheidender Befugnisse übertragen werden. (Beifall rechts.)

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 11 Uhr: Fortsetzung der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern.

## Deutscher Reichstag.

111. Sitzung vom 28. Februar.

(Schluß.)

Die erste Beratung des **kleinen Befähigungsnachweises** wird fortgesetzt.

Abg. **Cuno** (fr. Vp.): Die Fassung der einzelnen Paragraphen ist ungemein unklar und unpräzise und muß entschieden geändert werden. Denn das Gesetz ist doch in erster Linie für einfache Handwerker bestimmt, die es in dieser Fassung unmöglich verstehen können. Außerdem enthält das Gesetz noch in den Uebergangsbestimmungen eine Unstimmigkeit, die beseitigt werden muß. Die Anschauungen der Sozialdemokraten über das Handwerk teilen wir nicht, wir meinen, daß das Handwerk, wenn es nur zu sich selbst Vertrauen hat, auch im jetzigen wirtschaftlichen Leben seine Stellung behaupten wird. Ebenfalls teilen wir nicht die Befürchtung, daß der Entwurf eine politische Bedeutung hat.

Die weiteren Bemerkungen des Redners bleiben unverständlich, er stellt für die Kommissionsberatung Abänderungsanträge in Aussicht und hofft, daß diese angenommen würden, und daß seine Freunde dem Gesetz dann zustimmen könnten.

Abg. **Göring** (Ztr.): Das Gesetz wird die Folge haben, daß mehr Meister als bisher zur Meisterprüfung sich melden werden. Die Hufschmiede müssen schon jetzt eine Prüfung ablegen, doch herrschen in den einzelnen Landesteilen ganz verschiedene Bestimmungen darüber. Es wäre deshalb wünschenswert, daß die Prüfungsbestimmungen für das Hufschmiedegewerbe reichsgesetzlich geregelt würden. Unsere Fraktion ist stets für die Wünsche der Handwerker eingetreten. Dasselbe kann man auch von den Konservativen sagen, während die Nationalliberalen jetzt nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, für die Forderungen der Handwerker sind. In ihren eigenen Versammlungen haben die Nationalliberalen zugegeben, daß sie an Einfluß verloren hätten, weil sie die Fühlung mit dem Volke verloren hätten. Aber Not hat auch hier beten gelernt. (Heiterkeit.) Die Freisinnigen sind heute auch noch die alten Feinde des Handwerks und des Zentrums. Herr Carstens sagte freilich, die berechtigten Forderungen des Handwerks wollten seine Freunde erfüllen. Aber sie erkennen ja keine Forderung der Handwerker als berechtigt an, sie sind noch stets selbst gegen die bescheidensten Forderungen der Handwerker gewesen. Deshalb ist uns auch jetzt nicht mit Reden gedient, meine Herren Freisinnigen, wir wollen endlich Taten sehen. Die Sozialdemokraten natürlich zeigen auch hier wieder, daß sie nicht bereit sind, wirklich etwas für die Arbeiter zu tun. Handwerker sind doch auch Arbeiter. Herr Albrecht sprach sehr verächtlich von den patriotischen Vereinen. Aber mit weit mehr Recht könnte man die sozialdemokratischen Vereine als Klimbimvereine bezeichnen. (Sehr gut! im Zentrum.) Die Behauptung, daß die Handwerker

**einen krummen Rücken**

zeigen und immer Hurra! schreien müssen, weise ich als Beleidigung der Handwerker zurück. Das Handwerk hat auch jetzt noch einen goldenen Boden, das heißt es ernährt seinen Mann. Mit dem Hobel kann man das Gold freilich nicht herausholen, sonst wäre Herr Albrecht wohl auch dabei geblieben. (Heiterkeit.) Das Handwerk hat schwere Zeiten überstanden, es hat gelernt, sich den anderen Verhältnissen anzupassen, deshalb verlangen wir jetzt auch einen Schutz für das Handwerk. Wir wollen nichts Unmögliches, wir sind vorläufig mit dem kleinen Befähigungsnachweis zufrieden und wollen sehen, wie er sich weiter ausbauen läßt. Unterstützen Sie den wirtschaftlich Schwachen, damit nun sie ein wahrhaft nationales Werk. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Bindewald** (dtsch. Reformp.): Alle meine Parteifreunde wünschen, daß dem kleinen Befähigungsnachweis der große, allgemeine folgt. Ich habe mich darüber gefreut, daß der Vorredner, ein Handwerker, die Sozialdemokraten so vorzüglich widerlegt hat. Das Handwerk ist nur deshalb ins Hintertreffen gelangt, weil es so bescheiden gewesen ist. Die Handwerker müssen deshalb mehr hervortreten, mehr reden. Der Handwerker will den Befähigungsnachweis ja gerne, sonst sind die Schmutzkonkurrenz vom Halse zu halten. Das ist sein gutes Recht. Noch ist das Handwerk nicht verloren, wenn wir unsern Willen haben, ihm zu helfen. Die Sozialdemokraten wollen nicht die Lage der Gesellen verbessern, sondern sie wollen sie nur aufhetzen und zu Lohnarbeitern herabdrücken. Wir aber wollen eine exakte, konstante Handwerkerpolitik zum Wohle des ehrbaren Handwerks.

Abg. **Schefbeck** (Ztr.) bestreitet, daß gerade im Bäckereigewerbe Lehrlingszüchterei getrieben würde. Die Bäcker müßten heute mehr Lehrlinge als früher halten, weil es ihnen durch das Kinderschutzgesetz verboten sei, das Frühstück durch Kinder austragen zu lassen.

Hiermit schließt die Diskussion, die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes betreffend die **Herstellung von Zigarren in der Hausindustrie.** Mit zur Debatte stehen: Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung und internationale Verträge 1. über das **Verbot der Nachtarbeit** der gewerblichen Arbeiterinnen und 2. über das Verbot der Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor zur Anfertigung von Zündhölzern.

Die Vorlage begründet

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg:** Die Uebersichtlichkeit unserer Gewerbeordnung wird durch die Vorlage nicht besser; das gebe ich gern zu. Ich verkenne auch das Wort des Abg. Malkewitz, es sei nicht schön, auf das alte Kleid immer neue Flicken zu setzen. Wenn ich bei dem Bilde bleibe, so vergleiche ich das zu kleidende Wesen, unser Gewerbe, mit einem jungen, in den fruchtbarsten Jahren seines Lebens stehenden Menschen, der alle Augenblick aus seinem Anzug herauswächst, so daß man unaufhörlich mit Flicken und Stücken die Blößen bedecken muß. Der Anzug bekommt daher mit der Zeit ein wenig schönes Aussehen, und die Sehnsucht nach einem neuen Anzug ist begreiflich. Die Heimarbeit, von der bei den vorliegenden Novellen die Rede ist, ist volkswirtschaftlich von größerer Bedeutung, als mancher denkt. Allein in der

**Berliner Kleider- und Wäschekonfektion**

werden folgende Werte pro Jahr erzeugt: in der Herren- und Knabenkonfektion 80, in der Damen- und Kinderkonfektion 200, in der Wäschekonfektion 60 und in der Schürzenkonfektion etwa 50 Millionen Mark. (Hört, hört!) Die Hausindustrie beschränkt sich aber nicht auf Berlin, sie ist über ganz Deutschland verbreitet und gibt manchen Gegenden ihren wirtschaftlichen Charakter. Ja, sie bedeckt einzelne Gegenden vollkommen. Die Hausindustrie, ich sage damit wohl nicht zuviel, verteilt sich über die verschiedensten Klassen unserer Bevölkerung. Es sind an ihr beteiligt die Reichsten und Geringsten bis hinauf zu denen, die in der Hausindustrie einen angenehmen Nebenerwerb suchen. Daß in der Heimarbeit Mißstände bestehen, ist der Regierung bekannt. Ich denke nicht nur an die oft ungureichenden Arbeitsräume und die lange Arbeitszeit, sondern auch an die schweren sittlichen Gefahren, an die verschwiegene Sorge und die verschwiegene Not in den Werkstätten, in denen fleißig die Heimarbeit gepflegt wird. Aber man darf der Regierung deswegen nicht den Vorwurf machen, daß sie zu spät hineingreift. Dem fortgesetzten Sehnen nach dem Eingreifen des Staates steht der Wunsch des armen Hausindustriellen gegenüber, in seiner kleinen Häuslichkeit nach Belieben schalten und walten zu können. (Sehr richtig!) Jeden polizeilichen Eingriff in seine Häuslichkeit muß er um so schwerer empfinden, als bei der Hausindustrie das häusliche Leben meist in der Arbeit aufgeht. (Sehr richtig!) Die Hausindustriellen haben eine begreifliche Scheu vor einem behördlichen Eingreifen zu jeder Tages- und Nachtzeit.

Wenn also die verbündeten Regierungen nun mit großer Vorsicht den Weg der Novellen beschritten haben, so ist ihnen daraus kein Vorwurf zu machen. Würde sie mit rauher Hand hier eingreifen, so würde sie nicht nur große wirtschaftliche, sondern auch hohe ethische Werte zerstören. (Sehr wahr!) Hat man auf der einen Seite gefragt, die Novellen gingen zu weit, so hat andererseits der Abg. Molkenbuhr in der „Neuen Zeit" ausgeführt, die Novellen bedeuten sogar einen Rückschritt. (Lachen.) Die Regierung ist bereit, Hand in Hand mit dem Reichstage in voller Sachlichkeit zu einer baldigen Verabschiedung der Novellen zu arbeiten und zu einem guten Ende zu führen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Pieper** (Ztr.): Der Schutz der Heimarbeit stand stets auf dem Programm der Zentrumspartei, und immer und immer wieder sind wir mit Anträgen gekommen, die sich in dieser Richtung bewegten. Wir freuen uns, daß unsere Anregungen in dem vorliegenden Gesetzentwurf teilweise Berücksichtigung gefunden haben, und begrüßen die Vorlage, ohne deshalb mit allen Einzelheiten uns einverstanden zu erklären. Die Arbeiterschutzbestimmungen müssen auf das Handwerk, wenigstens einschließlich der mittleren Betriebe, ausgedehnt werden, und die Handwerker sollten sich in ihrem eigenen Interesse dieser Forderung nicht widersetzen, weil die Gegner des Handwerks einst den Vorwurf erheben können, daß die Meister Schutz nur für sich, aber nicht für ihre Gesellen erstreben. — Wir vermissen in dem Gesetz die auch von den christlichen Gewerkschaften geforderte obligatorische Einführung von

**Arbeiterausschüssen.**

Wenn man die Arbeitskammern in der Gestalt will, wie die Regierung sie vorschlägt (Wahl eines Teils der Arbeitervertreter durch Arbeiterausschüsse), so sollte man doch gerade zur Einführung der obligatorischen Arbeiterausschüsse schreiten. — Wir vermissen ferner in der Vorlage eine Heraufsetzung des Wöchnerinnenschutzes auf acht Wochen. — Weitere Ausführungen des Redners bleiben unverständlich, und er beantragt, die Vorlagen an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. **Sielermann** (kons.). Meine politischen Freunde begrüßen die Vorlage mit Freuden, denn sie sind stets bereit gewesen, an dem Ausbau unserer sozialpolitischen Gesetzgebung in den bisherigen Bahnen mitzuarbeiten. Viele Bestimmungen enthalten bekannte Wünsche der Arbeiter und der Arbeitgeber, auf deren Erfüllung schon lange gewartet ist. Wieder andere, die in den internationalen Abkommen enthalten sind, wie das Verbot der Verwendung von weißem Phosphor, sind bei uns schon Gesetz. Die Hauptpunkte sind in der Novelle zur Gewerbeordnung enthalten und betreffen den zehnstündigen Maximalarbeitstag für Frauen und die Einbeziehung der Heimarbeiter in die Gewerbeordnung. Daß in der Heimarbeit viele Mißstände bestehen, geben wir zu, doch muß man sich davor hüten, die Heimarbeit zu sehr zu erschweren. Für viele Arbeiter, namentlich in der Zigarrenindustrie, ist es von großem Vorteil, wenn sie Heimarbeit leisten können. Sie würden schwer getroffen werden, ja brotlos sein, wenn ihnen die Heimarbeit genommen würde. Es ist leicht gesagt, die Heimarbeit muß beschränkt werden, aber was will man dann aber an die Stelle setzen. Auf alle Einzelheiten kann ich natürlich nicht eingehen. Ich hoffe, daß in der Kommission ein Gesetz zustande kommt, das den Arbeitern zum Segen gereicht.

Abg. Freiherr **Heyl zu Herrnsheim** (natl.): Wir begrüßen die Vorlagen mit ganz besonderer Genugtuung, handelt es sich doch, namentlich bei dem zehnstündigen Maximalarbeitstag für die Frauen und den Vorschriften über die Heimarbeit, um alte Forderungen meiner Partei. Ich danke dem Staatssekretär, daß er, obwohl er erst so kurze Zeit im Amte ist, uns doch so schnell diese Vorlagen gebracht hat. Die Vorlagen bringen den Arbeitern manche Vorteile, aber auch die Industrie wird davon profitieren. Man kann nicht leugnen, daß unsere Sozialpolitik von großem Vorteil für die Industrie gewesen ist. Wir sind stolz auf unsere Sozialpolitik, die uns von keinem anderen Staate nachgemacht wird. Von grundlegender Bedeutung ist die Bestimmung, daß die Vorschriften für die Fabriken ausgedehnt werden sollen auf alle Betriebe, in denen in der Regel mindestens zwanzig Arbeiter beschäftigt werden. Dies bedeutet eine Verbesserung für eine große Anzahl von Arbeitern. Mit der

**Verkürzung der Arbeitszeit**

hat man überall die besten Erfolge erzielt, wir begrüßen jeden weiteren Schritt auf diesem Wege mit Freude und Genugtuung. Ich kann hierbei auch auf die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft hinweisen, die auch in Bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit den Arbeitern große Vorteile gebracht hat. Und ich fühle mich verpflichtet, die Herren aus Baden und Bayern aufzufordern, dahin zu wirken, daß ihre Staaten sich auch der preußisch-hessischen Staatseisenbahngemeinschaft anschließen. In den Vorlagen vermissen wir jedoch noch manche wichtigen Forderungen, namentlich die Ausdehnung der ganzen Sozialpolitik auf die Heimarbeiter, das Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause und eine größere Fürsorge für die Wöchnerin. Sodann müßte das Verbot auf alle Personen bis zu 18 Jahren, anstatt bis zu 16 Jahren, ausgedehnt werden.

Abg. **Molkenbuhr** (soz.): In das unbedingte Lob der Vorlagen kann ich nicht einstimmen. Ich meine, es hätte uns etwas ganz anderes geboten werden müssen, um auch nur die bescheidensten Forderungen der Arbeiter zu befriedigen. Die Vorlagen sind aus dem Bestreben hervorgegangen, daß etwas geschehen müsse, nachdem bei den letzten Wahlen der Kampf gegen die Sozialdemokratie proklamiert war, bei dem alle Parteien gute Geschäfte gemacht haben. Der Zentralverband deutscher Industrieller ist schon lange im Besitz der Vorlagen gewesen. Unsere ganze Sozialpolitik richtet sich ja nur danach, wie Regierung und Zentralverband zueinander stehen. Ist das Verhältnis gut, dann stockt die Sozialpolitik, besteht eine gewisse Feindschaft, dann kommt die Sozialpolitik ein Stück vorwärts. Ich